

Vorsitzender des Schulausschusses Herr Engelmann,
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses Herr Kühme,
Herr Oberbürgermeister Jung

Es informiert Sie UrsulaAlbel
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de
Datum 23.05.2006
Drucks. Nr. VO/0585/06
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
30.05.2006	Schulausschuss
13.06.2006	Jugendhilfeausschuss
14.06.2006	Hauptausschuss
19.06.2006	Rat der Stadt Wuppertal

Schulbücher für Kinder aus armen Familien
Antrag der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 23. Mai 2006

Sehr geehrte Ausschussvorsitzende,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu gewährleisten, dass kein Kind aus Familien, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, das Schuljahr 2006/2007 ohne Schulbücher beginnen muss. Auch darf die Ausstattung mit Lernmitteln nicht den Schulen überlassen bleiben. Da die Schulbücher für das kommende Schuljahr jetzt bestellt werden müssen, wird die Verwaltung beauftragt, eine schnelle und unbürokratische Lösung zu finden

Begründung:

Bei der Diskussion um die Lernmittelfreiheit im vergangenen Jahr wurde auf die geplante Änderung des Schulgesetzes verwiesen, mit der eine Angleichung bei der Entlastung vom Eigenanteil für SGB II- und SGB XII-BezieherInnen vorgenommen werden sollte.

Dies hat in den aktuellen Gesetzentwurf keinen Eingang gefunden. An den durch die Hartz-IV-Reform hervorgerufenen Belastungen für Alg-II-BezieherInnen ändert sich nichts. Auch in diesem Jahr stehen Familien vor der Frage, wie sie die finanziellen Mittel für die Lernmittel aufbringen sollen. Es ist nicht möglich, vom spärlichen Regelsatz für alle im Haushalt zu erwartenden Posten – Anschaffung von weiterem Schulbedarf, Kosten für Klassenfahrten, Ersatz für defekte Haushaltsgeräte etc. – Mittel anzusparen. Wir unterstützen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in ihrer Forderung, dass alle betroffenen Kinder im kommenden Schuljahr mit entsprechenden Büchern ausgestattet werden, damit in diesem Bereich die soziale Ungleichheit nicht zu einer Stigmatisierung der Kinder aus Familien mit Alg-II-Bezug führt.

Dies ist ein weiterer Schritt hin zur Chancengleichheit und zu einer kinderfreundlichen Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender

